

Beschluss der 28. Ordentlichen
Landesdelegiertenkonferenz
am 14. November 2009 in Angermünde

Für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung ohne Atomkraft dies- und jenseits der Oder

Seit 2005 sorgen Planungen der polnischen Regierung, in die zivile Nutzung der Kernenergie einzusteigen, für Unruhe und Besorgnis bei der Bevölkerung dies- und jenseits der Oder. Hier handelt es nicht ausschließlich um eine rein polnische innere Angelegenheit, sondern auch um ein zivilgesellschaftliches Problem einer „Europainnenpolitik“. Diese „Europainnenpolitik“ kam beispielsweise bei der von polnischen und deutschen GRÜNEN veranstalteten Anti-AKW-Demo in Gryfino am 16. Mai 2009 zum Ausdruck. Andere Beispiele für zivilgesellschaftliches Eintreten im Sinne einer „Europainnenpolitik“ sind die Proteste französischer, schweizer und deutscher Atomkraftgegner im Elsass gegen das Kernkraftwerk Fessenheim oder gegen die geplanten und aufgrund erfolgreicher Proteste nicht realisierten Kernkraftwerke Wyhl und Kaiseraugst. Derzeit gibt es zwar noch wenige belastbare Fakten über die Planungen der polnischen Regierung zum Einstieg in die zivile Nutzung der Kernenergie. Doch es muss bereits im Vorfeld einer Entscheidung sichtbar werden, dass wir Brandenburger BÜNDNISGRÜNE Pläne zum Einstieg in die Kernenergie, egal ob in Polen oder sonst in Europa oder auf der Welt, kategorisch ablehnen.

Polnische Pläne zum Einstieg in die Kernenergie

In der am 4. Januar 2005 vom polnischen Ministerrat verabschiedeten Energiestrategie *Energiepolitik Polens bis 2025* ist der Einstieg Polens in die Atomenergie vorgesehen. Wörtlich heißt es: „Anders als viele europäische Staaten hat Polen keine Kernkraftwerke. Die Einführung der Kernkraft ist für die Bedürfnisse der Diversifikation der primären Energieträger und der Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen und Schwefeldioxidemissionen in die Atmosphäre zweckmäßig.“ In der zugehörigen Fußnote heißt es: „Die Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerkes wird vor 2020 als unmöglich betrachtet, da die Dauer des Investmentprozesses in dem Land, welches kaum Erfahrung in diesem Bereich hat, auf 10 Jahre geschätzt wird. Die Dauer einer gesellschaftlichen Kampagne zur Akzeptanz von Kernkraftgewinnung, geht diesem Prozess 5 Jahre voraus.“¹

Am 13. Januar 2009 ließ der polnische Premier-Minister Donald Tusk veröffentlichen, dass der Ministerrat eine Resolution zur Entwicklung der Atomenergie verabschiedet hat. Demnach will das Land mindestens zwei Atomkraftwerke errichten, von denen das erste bis 2020 in Betrieb gehen soll. Für den Bau des ersten polnischen AKW soll der staatliche Energiekonzern PGE verantwortlich sein. Der Bau eigener Atomkraftwerke schließt die Beteiligung an derartigen Projekten im Ausland nicht aus.²

Am 11. August 2009 verabschiedete der polnische Ministerrat den *Rahmenzeitplan für den Einstieg in die Kernenergie*. Bis zum 31. Dezember 2010 soll zunächst ein *Polnisches Atomenergieprogramm* verabschiedet werden. Es wird
einen detaillierten Bereich von Maßnahmen und den Terminen ihrer Realisierung;
Anzahl, Größe und mögliche Standorte von Kernkraftwerken;
Kosten der Realisierung von Kernenergie in Polen und die Schaffung der damit einhergehenden Infrastruktur;

¹ Ministerstwo Gospodarki (Wirtschaftsministerium der Republik Polen): „*Energy policy of Poland until 2025*“, S. 53 (verabschiedet durch den Ministerrat am 4. Januar 2005).

² Ministerstwo Gospodarki (Wirtschaftsministerium der Republik Polen): „*Council Government action for energy security*“, Pressemitteilung vom 13. Januar 2009.

ökonomische und soziale Folgen des Baus von Kernkraftwerken bestimmen. Der Programmwurf soll zum 30. Juni 2010 fertig sein. Der Bau des ersten Kernkraftwerkes soll 2016 beginnen und 2020 abgeschlossen sein.³

Zwar waren der Bundesregierung und der Brandenburger Landesregierung bis 2. April 2009 keine konkreten Planungen der Republik Polen zum Bau eines Kernkraftwerkes bekannt. Laut Medienberichten wird derzeit aber etwa ein halbes Dutzend möglicher Standorte untersucht. Dazu gehören Klempicz und Zarnowiec, wo schon in den 1980er-Jahren ein Kernkraftwerk geplant beziehungsweise der Bau schon begonnen und wegen Protesten wieder eingestellt wurde. Als weitere Orte werden unter anderem Chelmno, Karolewo, Kopan, Belchatow und Gryfino an der Oder genannt.

Egal wie vage auch die Informationen sind. Bevor wir es nicht schwarz auf weiß haben, dass keine Atomkraftwerke gebaut werden, werden wir dagegen unsere Stimme erheben.

Schadensausmaß eines Super-GAU tendiert gegen unendlich

Die Pannenserie in Krümmel und die Atommülllagerkatastrophe in der Asse haben erneut gezeigt, dass die Atomkraft auch in einem Hochtechnologieland nicht sicher beherrschbar ist. Weder im Betrieb noch in der Endlagerung.

Beim Bau eines weiteren Atomkraftwerkes würde die Gefahr eines Super-GAU wie ein Damoklesschwert über uns allen schweben. Das vermeintliche Glück vermeintlich günstiger, CO₂-armer Energiegewinnung stünde in keinem Verhältnis zu der ständig drohenden Gefahr, deren Schadensausmaß gegen unendlich tendiert. Bei einem atomaren Super-GAU – wie in Tschernobyl geschehen – würden die möglichen Kosten in Deutschland nach Berechnungen des Prognos-Instituts bei rund 5 Billionen Euro liegen. Würde es zu einem Super-GAU in einem möglichen Kernkraftwerk in Gryfino kommen, wären, weil maximal nur 150 km entfernt, die Woiwodschaften Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) und Lubuskie (Lebus) sowie die Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar betroffen.

Meinungsumschwung herbeiführen

Das Ziel von uns BÜNDNISGRÜNEN muss sein, einen Meinungsumschwung in Polen bei der Zivilgesellschaft herbeizuführen, das kritische Bewußtsein zu verstärken und für eine Zusammenarbeit Brandenburgs und Polens beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu werben. Brandenburg hat hier einen enormen Erfahrungsvorsprung. Von einer Kooperation würden beide Seiten profitieren. Es ist unbestritten, dass Polen in seiner Energiepolitik souverän entscheiden kann. Genauso gilt es aber auch, dass Nachbarn bei grenzüberschreitenden Fragen versuchen sollten, einen Konsens herzustellen. Gerade für die Grenzregion Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin spielt die EU eine wichtige Rolle. Die Umwelt- und Klimaschutzpolitik kann nur grenzübergreifend Erfolg haben. Kohlekraftwerke oder Kernkraftwerke wirken sich jenseits von Landesgrenzen aus. Selbst wenn die kommende Bundesregierung derzeit am Atomausstiegsvertrag rütteln wird, heißt das noch lange nicht, dass diesem schlechten Beispiel gefolgt werden muss.

Darüber hinaus muss die Brandenburger Landesregierung von ihrer indirekten Unterstützung der Atomkraftnutzung durch die Befürwortung des Baus einer 380 KV-Hochspannungsleitung von Vierraden nach Gryfino, die vorrangig den Zweck verfolgt, das mögliche Kernkraftwerk an das europäische Stromnetz anzuschließen, abgebracht werden. Wenn es um den Anschluss von Windenergie ginge, würden wir BÜNDNISGRÜNE uns dem Vorhaben nicht verschließen. Doch vielmehr ist aufgrund der Trassenführung zu vermuten, dass der Energiekonzern Vattenfall neue Kraftwerkskapazitäten in Polen anschließen will, insbesondere ein mögliches Kernkraftwerk in Gryfino.

Forcierung einer polnisch-deutschen Anti-AKW-Bewegung

³ Ministerstwo Gospodarki (Wirtschaftsministerium der Republik Polen): „*Council of Ministers adopted a framework timetable for nuclear energy*“, Pressemitteilung vom 11. August 2009.

Der Grundstein für eine polnisch-deutsche Anti-AKW-Bewegung wurde im diesjährigen Europa-Wahlkampf gemeinsam von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ZIELONI 2004 vor Ort in Gryfino gelegt. Jetzt heißt es, den gelungenen Start in die richtigen Bahnen zu lenken. Deshalb fordern wir, dass der Brandenburger Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Frage eng mit ZIELEONI 2004, den EUROPEAN GREENS und den BÜNDNISGRÜNEN in BERLIN und MECKLENBURG-VORPOMMERN zusammenarbeitet. Darüber hinaus muss auch der Kontakt zur Zivilgesellschaft, insbesondere zu den polnischen Umweltschutz-Nichtregierungsorganisationen sowie zur Bürgerinitiative „Atomfrei leben in der Uckermark“ und Greenpeace hergestellt beziehungsweise intensiviert werden. Wir fordern unsere Grünen Landtagsmitglieder auf, sich mit entsprechenden Anträgen im Landtag einzubringen und die Landesregierung dort zu stellen, wo sie indirekt die Kernkraft fördert oder sie es versäumt, den grenzüberschreitenden Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzubringen.

Wir wollen uns ein gemeinsames Forum für eine zukunftsfähige Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien und weg von Kernkraft und Kohle und ihren zugehörigen Infrastrukturen schaffen. Alle, die mit uns daran arbeiten wollen, heißen wir herzlich willkommen.